


 MdL Steffen Flath
Fraktionsvorsitzender

Banker müssen haften

Von Steffen Flath, Fraktionsvorsitzender

Bodo Finger, Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) verlangt ein neues Leitbild des Wirtschaftens. Dies erfordere ein Umdenken, „weg vom nicht mehr beherrschbaren Schuldenkapitalismus hin zu einer verantwortungsvollen Marktwirtschaft mit mehr Bescheidenheit und bürgerlichen Gemeinsinn“, erklärte der Präsident vor wenigen Tagen auf dem Neujahrsempfang des VSW.

Mittelständler haften

Bodo Finger hat recht. Doch die mahnenden Worte aus dem Munde eines Mittelständlers verwundern nicht. Die weitaus meisten Unternehmer in Deutschland wirtschaften wohlüberlegt. Sie haben mit den Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten nichts zu tun. Gerade in der Krise haben sie sich sehr verantwortungsvoll verhalten und an ihren Mitarbeitern festgehalten. Sicher, die Kurzarbeiterregelung hat ihnen geholfen, ihr wichtigstes Kapital, die Fachkräfte, nicht auf die Straße setzen zu müssen. Mittelständler wie Bodo Finger planen verantwortungsbewusst, wirtschaften solide und nachhaltig. Schließlich müssen sie geradestehen, für das was sie tun, mit ihrem Kapital und ihrem Unternehmen.

Wer haftet handelt vorsichtig

„Verantwortung heißt im Wirtschaftsleben vor allem Haftung. Das persönliche Risiko des individuellen Fehlers sichert die Qualität der Leistung. Wer haftet, handelt vorsichtig“, machte der

Rechtsgelehrte Paul Kirchhof einmal mehr deutlich. Das ist der Grund, warum Unternehmer verantwortungsvoll wirtschaften und Banker jegliche Bodenhaftung verloren zu haben scheinen. In anonymen Kapitalgesellschaften mit unübersichtlichen Strukturen und im Fall von Finanzprodukten, die eher den Spieltrieb fördern, werde Gewinnaussicht von Haftung abgekoppelt, mahnte Paul Kirchhof. Getrieben von der Gier auf Gewinn haben öffentliche und private Banken für unglaubliche Summen amerikanische Wertpapiere gekauft und dabei unvorstellbare Verluste erlitten. Anschließend mussten sie mit Geldern des Steuerzahlers vor dem Untergang gerettet werden.

Pflichten verletzt

Viele Bankiers haben die gesetzlich geforderte Sorgfalt fehlen lassen, ihre Pflichten verletzt und damit die öffentlichen Haushalte in abenteuerliche Schuldenberge getrieben. Unsere Kinder werden dafür büßen müssen. Und die Banker? Haften sie dafür? Haben sich die Banker dafür entschuldigt? Sind sie zur Rechenschaft gezogen worden? Haben sie aus ihren Fehlern gelernt? Kaum etwas ist passiert. Es wird Zeit, dass sich Gerichte mit dem verantwortungslosen Handeln der Bankenwelt beschäftigen. Banker müssen für ihr Fehlverhalten haften. Nur dann besteht die Chance, dass auch in der Finanzwelt einkehrt was im Mittelstand schon lange praktiziert wird: verantwortungsvolles Wirtschaften.

Termine

28. Januar 2010

EAK-Veranstaltung
„Christen in politischer Verantwortung“
Christus-Kirche—Freital-Deuben

29. Januar 2010

EAK-Vortrag:
„Das ‚C‘ als Aufgabe der CDU“
mit Prof. Werner J. Patzelt:
Bethlehemstift—Hohenstein-Ernstthal

01. März 2010

Denkfabrik Sachsen—Offenes Forum für Zukunftsfragen
Flughafen Dresden

Impressum:

CDU-Fraktion
des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10
Fax: 0351- 493 54 44
E-Mail:
pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.P)

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:
WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE

Landtag beschließt neues Versammlungsrecht

Sachsen erschwert Demonstrationen von Links- und Rechtsextremisten. Der Landtag hat dazu einen Gesetzentwurf der Regierungskoalition von CDU und FDP verabschiedet. Das neue Versammlungsgesetz soll vor allem den alljährlichen Neonazi- Aufmärschen und Gegendemonstrationen in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung 1945 Einhalt gebieten. Dazu sind für den 13. und 14. Februar die nördliche Altstadt und die südliche innere Neustadt Dresdens als Ort genannt, an dem Versammlungen

oder Aufzüge »verboten oder von bestimmten Auflagen abhängig gemacht werden« könnten. Als ganzjährig geschützte »Orte von historisch herausragender Bedeutung« werden das Leipziger Völkerschlachtdenkmal sowie die Dresdner Frauenkirche festgeschrieben. Eine Änderung des Versammlungsrechts hatte die CDU/FDP-Koalition bereits in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, «um Extremisten in Sachsen deutliche Grenzen zu setzen».

„Das Gesetz schafft ein wesentli-

ches Stück mehr Rechtssicherheit. Es ist ein Gesetz mit Augenmaß. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wird nicht ausgehöhlt. Vielmehr haben nun die Versammlungsbehörden ein Instrument in der Hand, den Dresdnern Bürgerinnen und Bürgern, das zu ermöglichen, was die überwiegende Mehrheit von Ihnen möchte: ein stilles und würdevolles Gedenken an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar“, erklärte Marko Schiemann, Rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. *dr.*

Vision: Elektroautos aus Sachsen

Sachsen soll eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Elektrofahrzeugen übernehmen. Dazu haben die Koalitionsfraktionen CDU und FDP einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Darin wird die Staatsregierung ersucht, die Elektromobilität in Sachsen voranzutreiben.

„Wir brauchen verstärkte Anstrengungen des Landes und der Wirtschaft. Alternative Antriebe sind der Markt der Zukunft. Mit seinem ausgeprägten Netzwerk von Automobilherstellern, Zulieferern und international renommierten Forschungseinrichtungen ist Sachsen ein idealer Standort.“, sagt die Verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ines Springer.

Sachsen ist Ende vergangenen Jahres von der Verkehrsministerkonferenz bereits zu einer der acht Modellregionen auserkoren worden. *dr*

CDU plant umfassendere Unterstützung für die Feuerwehren

In der Debatte um eine Feuerwehrrente kommen weitere Aspekte ins Spiel. Um die zahlreichen Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat besser zu unterstützen, plant die CDU-Fraktion gleich ein ganzes Paket. Die bislang diskutierte Feuerwehrrente wird als Rente mit Versicherungslösung Teil des Paketes sein. Derzeit berät eine Arbeitsgruppe unter Federführung des sächsischen Innenministeriums über das Gesamtkonzept. Ihr gehören neben Innenminister Markus Ulbig auch Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes, des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) sowie Experten der CDU-Fraktion an. Diskutiert wird u.a. eine bessere finanzielle Unterstützung der Nachwuchsarbeit. Bislang werden dafür jährlich rund 330.000 Euro vom Freistaat aufge-



wendet. Gedacht wird auch an eine Änderung der Feuerwehrverordnung und die entsprechende Anpassung der Aufwandsentschädigung für den Feuerwehrdienst sowie Ju-

biläumsprämien gestaffelt nach Jahren der Mitgliedschaft. Darüber hinaus sind lokale Bündnisse aus Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung im Gespräch. Sie sollen

jungen Feuerwehrmitgliedern mit Job- und Ausbildungsangeboten helfen. Eine Feuerwehrrente nach Thüringer-Modell wird es voraussichtlich nicht geben. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Übertragen auf Sachsen würde das Modell nach 15 Jahren eine monatliche Rente von acht Euro ergeben, nach 35 Jahren Laufzeit gäbe es lediglich eine monatliche Rente von 36 Euro. *dr.*

Leserbriefe zur Sonderausgabe „Diäten“ vom 15. Januar 2010

Heidrun Schöne, Dresden,

Es ist sehr wichtig das parteiübergreifend darüber gesprochen wird. Es ist dem einfachen Bürger bzw. dem Wähler nicht zu vermitteln, bei dieser angespannten Finanzsituation überhaupt von einer Diätenerhöhung zu sprechen oder nur daran zu denken. Es kann schon sein, dass es dafür gesetzliche Regelungen gibt, aber das ist einfach nur unsensibel. Alle müssen sparen, in keinem Bereich geht es normal zu und die Abgeordneten haben nichts anderes zu tun als an ihre Diätenerhöhung zu denken. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung.

Ulrich Gruber, Freiberg,

Ich bin durchaus auch der Ansicht, dass die Bezahlung der Abgeordneten der Situation angemessen sein sollte—und habe kein Problem mit der Höhe der derzeitigen Bezüge.

Allerdings ist schon die Frage, ob die zur Entscheidung stehenden Erhöhungen in dieser Höhe in die derzeitige politische, soziale und wirtschaftliche Situation passen und zu vermitteln sind. Wenn die Lebenshaltungskosten wirklich in diesem Maße gestiegen sind, müssen alle Bürger damit zurechtkommen—aber kaum jemand der Wähler kann auch nur annähernd mit solchen Erhöhungen seines Einkommens rechnen. Die wenigsten bekommen überhaupt eine Erhöhung. Da kann man kaum mit Verständnis rechnen und als Ergebnis nur weitere Politikverdrossenheit ernten. Mein Rat: Wenn schon Erhöhung, dann bitte sehr gemäßigt!

Jörg-Rüdiger Oheim, Görlitz,

Diese Darlegungen gehören in die allgemeine Presse, also beispielsweise in die Sächsische Zeitung.

Dann könnten die Diskussionen um die Diäten der Abgeordneten sachlicher geführt werden. Gerade die Aufstellung der Ausgaben beweist Transparenz und wird dann so manchen Kritiker verstummen lassen.

Henry Naumann, Moritzburg,

Die Zahl derer, die die zunehmenden Griffe in die "Haushaltkasse" immer schmerzlicher empfindet, nimmt zu! Die Arbeit auch eines Abgeordneten ist verantwortungsvoll und steht hiermit nicht in Frage. Im Gesamtkontext verringert sich jedoch die Akzeptanz, da die Kluft sich verbreitert. Die Leute gehen auf die "Barrikaden", wenn die Härten zu gewaltig werden.

Klaus Rudolf, Flöha

Herzlichen Dank für die informative, Diskussionen unterstützende Information.

Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen einführen

Die CDU-Fraktion will kleine und mittelständische Unternehmen bei der Forschung unterstützen. Dazu sollen die Unternehmen bei Bedarf Innovationsgutscheine verbunden mit einem Förderbetrag von maximal 10.000 Euro bekommen. „Gerade kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe können kein eigenes Forschungspersonal oder externe Forschungsdienstleister finanzieren“, begründet der Wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Prof. Dr. Günter Schneider die Initiative. Die Inno-

vationsgutscheine sollen Impulsgeber sein für neue Produkte und Dienstleistungen von mittelständischen Unternehmen. Spätestens ab Juli dieses Jahres sollen die Gutscheine zur Verfügung stehen. Auch bei Inanspruchnahme eines Gutscheins soll eine weitere Förderung von Forschungsvorhaben nicht ausgeschlossen werden. „Darüber hinaus soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen des Freistaates als bevorzugter Kooperationspartner den Unternehmen zur Verfügung stehen“, so Schneider.

Härtere Strafen gefordert

Die CDU-Fraktion will Übergriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte härter bestrafen. „Die Angriffe schädigen nicht nur die Personen selbst, sondern stellen auch einen Angriff auf das Gewaltmonopol des Staates dar“, sagt der amtierende Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Hartmann. „Politik und Justiz haben die Verantwortung, die Polizei zu schützen“, erklärte der frühere Polizeibeamte. Hartmann ist dafür, den Tatbestand des 113 StGB zu erweitern und das Strafmaß wesentlich zu erhöhen. dr.

Zitat des Monats:

„Es kann nicht sein, dass ein Polizeiwagen einen höheren Schutz genießt als der Polizist selbst.“

(Christian Hartmann am 21. Januar in der Landtagsdebatte über Gewalt gegen Polizisten.)